

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1998

Ausgegeben am 3. Juni 1998

Teil III

87. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Republik Slowenien über die Zusammenarbeit bei der Vorbeugung und gegenseitigen Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen
(NR: GP XX RV 557 AB 983 S. 104. BR: AB 5616 S. 635.)

87.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluß des nachstehenden Staatsvertrages, dessen Art. 9 Abs. 1 und 2 sowie Art. 3 Abs. 1 verfassungsändernd sind, wird genehmigt.

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK SLOWENIEN ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT BEI DER VORBEUGUNG UND GEGENSEITIGEN HILFELEISTUNG BEI KATASTROPHEN ODER SCHWEREN UNGLÜCKSFÄLLEN

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Republik Slowenien,
überzeugt von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten mit dem Ziel,
die Vorbeugung und gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen zu
erleichtern,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand

(1) Dieses Abkommen regelt die Rahmenbedingungen für die Vorbeugung und freiwillige Hilfeleistungen bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen im anderen Vertragsstaat auf dessen Ersuchen hin, insbesondere für Einsätze von Hilfsmannschaften und Material.

(2) Die herkömmliche Hilfeleistung im Grenzgebiet der Vertragsstaaten bleibt unberührt.

Artikel 2

Definitionen

Im Sinne des Abkommens bedeuten die Begriffe:

„Katastrophe“ oder „schwerer Unglücksfall“

ein Elementarereignis oder durch unvorhergesehene technische Vorgänge verursachtes Ereignis, bei dem auf Grund seines außergewöhnlichen Umfangs bereits eine Gefährdung von Leben und Eigentum eingetreten ist oder eine solche Gefährdung unmittelbar bevorsteht und zu dessen Bewältigung die eigenen Kräfte des von dem Ereignis betroffenen Vertragsstaates nicht ausreichen, so daß Hilfe von seiten des anderen Vertragsstaates erforderlich ist;

„Einsatzstaat“

denjenigen Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden den anderen Vertragsstaat um Hilfeleistung ersuchen;

„Entsendestaat“

denjenigen Vertragsstaat, dessen zuständige Behörden einem Ersuchen des anderen Vertragsstaates um Hilfeleistung stattgeben;

„Hilfsmannschaften“ oder „Helfer“

Person(en), die der Entsendestaat zur Hilfeleistung bestimmt;

„Ausrüstungsgegenstände“

das Material, insbesondere technische Geräte, die Fahrzeuge und die Rettungshunde für den Einsatz sowie die Güter für den Eigenbedarf und die persönliche Ausstattung der Hilfsmannschaften oder der einzelnen Helfer;

„Hilfsgüter“

Güter, die zur unentgeltlichen Abgabe an die betroffene Bevölkerung im Einsatzgebiet bestimmt sind.

Artikel 3

Zuständigkeiten

(1) Die für die Stellung oder die Entgegennahme von Hilfeersuchen zuständigen Behörden sind:

- auf der Seite der Republik Österreich:
der Bundesminister für Inneres;
die Landesregierung jedes an die Republik Slowenien angrenzenden Bundeslandes;
- auf der Seite der Republik Slowenien:
der Verteidigungsminister;
der Befehlshaber für Zivilschutz der Republik Slowenien.

(2) Die in Absatz 1 genannten Behörden der beiden Vertragsstaaten sind ermächtigt, bei der Durchführung des Abkommens unmittelbar miteinander in Verbindung zu treten.

(3) Die beiden Vertragsstaaten geben einander die Adressen und Fernmeldeverbindungen der im Absatz 1 genannten Behörden bekannt.

Artikel 4

Absprachen über Hilfeleistungen

Im Zuge des Hilfeersuchens werden Art und Umfang der Hilfeleistung zwischen den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Behörden abgesprochen, ohne auf Einzelheiten der Durchführung eingehen zu müssen.

Artikel 5

Art der Hilfeleistung

Die Hilfe wird durch die Entsendung von Hilfsmannschaften oder einzelnen Helfern, durch die Sendung von Hilfsgütern oder auf andere geeignete Weise erfolgen.

Artikel 6

Grenzübertritt und Aufenthalt

(1) Die Angehörigen einer Hilfsmannschaft oder einzelne Helfer sind für die Dauer der Hilfeleistung vom Paßzwang und dem Erfordernis einer Aufenthaltsbewilligung oder eines Sichtvermerkes befreit. Sie haben lediglich einen ihre Identität bezeugenden Ausweis mitzuführen.

(2) Bei besonderer Dringlichkeit kann die Grenze auch außerhalb der zugelassenen Grenzübergangsstellen ohne Beachtung der sonst hiefür geltenden Vorschriften überschritten werden. In diesem Fall ist ein für die Grenzüberwachung zuständiges Organ unverzüglich davon zu unterrichten.

(3) Sofern dies zur üblichen Ausrüstung zählt, sind die Hilfsmannschaften oder einzelne Helfer dazu berechtigt, auf dem Gebiet des Einsatzstaates Uniform zu tragen. Schußwaffen und Munition dürfen auf das Gebiet des Einsatzstaates nicht mitgeführt werden.

(4) Die Erleichterungen beim Grenzübertritt nach den Absätzen 1 und 2 gelten grundsätzlich auch für Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall evakuiert werden müssen.

Artikel 7

Grenzübergang des Materials

(1) Die Vertragsstaaten erleichtern die Ein- und Ausfuhr der Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter. Der Leiter einer Hilfsmannschaft hat den Grenzkontrollorganen des Einsatzstaates beim Grenzübertritt lediglich ein Verzeichnis der mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter zu übergeben. Erfolgt

bei besonderer Dringlichkeit der Grenzübertritt außerhalb zugelassener Grenzübergangsstellen, ist dieses bei erster Gelegenheit einer zuständigen Zollstelle zu überreichen.

(2) Die Hilfsmannschaften oder die einzelnen Helfer dürfen außer Ausrüstungsgegenständen und Hilfsgütern keine Waren mitführen.

(3) Auf Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter finden die Verbote und Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Warenverkehr keine Anwendung. Soweit Ausrüstungsgegenstände nicht verbraucht werden, sind sie wieder auszuführen. Werden Ausrüstungsgegenstände als Hilfsgüter zurückgelassen, so sind Art und Menge sowie der Verbleib der verantwortlichen Behörde des Einsatzstaates anzuzeigen, welche die zuständige Zollstelle hievon benachrichtigt. In diesem Fall gilt das Recht des Einsatzstaates.

(4) Absatz 3 findet auch Anwendung auf die Einfuhr von Suchtgiften und psychotropen Substanzen in den Einsatzstaat und die Wiederausfuhr der nicht verbrauchten Mengen in den Entsendestaat. Dieser Warenverkehr gilt nicht als Ein- und Ausfuhr im Sinne der internationalen Übereinkommen betreffend Suchtgifte und psychotrope Substanzen. Suchtgifte und psychotrope Substanzen dürfen nur nach Maßgabe des dringlichen medizinischen Bedarfs mitgeführt und nur durch qualifiziertes medizinisches Personal nach den gesetzlichen Bestimmungen des Vertragsstaates eingesetzt werden, dem die Hilfsmannschaft angehört. Die verbrauchten Suchtgifte und psychotropen Substanzen werden dem Entsendestaat zugerechnet.

(5) Die Vertragsstaaten werden bei Gegenseitigkeit die bei Hilfeleistungen notwendigen Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter im Einsatzstaat

- ohne förmliches Verfahren und ohne Leistung einer Sicherstellung zur abgabefreien vorübergehenden Verwendung zulassen und
- diese frei von allen Eingangsabgaben lassen, soweit sie verbraucht sind.

Artikel 8

Einsätze mit Luftfahrzeugen

(1) Luftfahrzeuge können nicht nur für die schnelle Heranführung der Hilfsmannschaften oder einzelner Helfer, sondern auch unmittelbar für andere Arten von Hilfeleistungen benutzt werden.

(2) Jeder Vertragsstaat gestattet, daß Luftfahrzeuge, die vom Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates aus gemäß Absatz 1 eingesetzt werden, sein Hoheitsgebiet überfliegen und auch außerhalb von Flugplätzen mit Paß- und Zollkontrolle sowie auf genehmigten Flugfeldern landen und von diesen abfliegen.

(3) Die Verwendung von Luftfahrzeugen bei einem Hilfseinsatz ist der ersuchenden Behörde unverzüglich mit möglichst genauen Angaben über Art und Kennzeichen des Luftfahrzeuges, Besatzung, Beladung, Abflugzeit, voraussichtliche Route und Landeort mitzuteilen.

(4) Sinngemäß werden angewandt:

- a) Artikel 6 auf die Besatzungen, die mitfliegenden Hilfsmannschaften oder einzelnen Helfer;
- b) Artikel 7 auf die Luftfahrzeuge und sonstigen mitgeführten Ausrüstungsgegenstände und Hilfsgüter.

(5) Soweit sich aus Absatz 2 nichts anderes ergibt, sind die luftfahrtrechtlichen Verkehrsvorschriften jedes Vertragsstaates anzuwenden, insbesondere die Pflicht, den zuständigen Kontrollstellen Angaben über die Flüge zu übermitteln. Der jeweilige Flugplan hat einen Hinweis auf dieses Abkommen zu enthalten.

(6) Die Verwendung von Militärluftfahrzeugen ist nur mit Zustimmung des Einsatzstaates zulässig.

Artikel 9

Koordination und Gesamtleitung

(1) Die Koordination und Gesamtleitung der Rettungs- und Hilfsmaßnahmen obliegt in jedem Fall den Behörden des Einsatzstaates.

(2) Aufträge an die Hilfsmannschaften des Entsendestaates werden ausschließlich an deren Leiter gerichtet, welche Einzelheiten der Durchführung gegenüber den ihnen unterstellten Kräften anordnen.

(3) Die Behörden des Einsatzstaates leisten den Hilfsmannschaften oder einzelnen Helfern des Entsendestaates Schutz und Hilfe.

Artikel 10

Einsatzkosten

(1) Der Entsendestaat hat gegenüber dem Einsatzstaat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten der Hilfeleistung. Dies gilt auch für Kosten, die durch Verbrauch, Beschädigung oder Verlust des Materials entstehen.

(2) Im Fall der gänzlichen oder teilweisen Wiedereinbringung der Kosten der durchgeführten Hilfsmaßnahmen gilt Absatz 1 nicht. Der Entsendestaat wird vorrangig entschädigt.

(3) Kosten der Hilfeleistungen durch natürliche und juristische Personen, die der Entsendestaat auf Ersuchen hin lediglich vermittelt, trägt der Einsatzstaat.

(4) Die Hilfsmannschaften oder die einzelnen Helfer des Entsendestaates werden während der Dauer des Einsatzes im Einsatzstaat auf dessen Kosten verpflegt und untergebracht sowie mit Gütern für den Eigenbedarf versorgt, wenn die mitgeführten Bestände aufgebraucht sind. Sie erhalten im Bedarfsfall logistische einschließlich medizinischer Hilfe.

Artikel 11

Schadenersatz und Entschädigung

(1) Jeder Vertragsstaat verzichtet auf alle ihm gegen den anderen Vertragsstaat oder dessen Helfer zustehenden Ansprüche auf den Ersatz von

- a) Vermögensschäden, die von einem Helfer des anderen Vertragsstaates im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages verursacht worden sind;
- b) Schäden, die auf einer Körperverletzung, einer Gesundheitsschädigung oder dem Tod eines Helfers im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages beruhen.

(2) Wird durch einen Helfer des Entsendestaates im Zusammenhang mit der Erfüllung seines Auftrages im Gebiet des Einsatzstaates Dritten ein Schaden zugefügt, so haftet der Einsatzstaat für den Schaden nach Maßgabe der Vorschriften, die im Fall eines durch eigene Helfer verursachten Schadens Anwendung fänden. Ein Regreß des Einsatzstaates, der den Schaden ersetzt hat, gegen den Entsendestaat oder dessen Helfer besteht nicht.

(3) Die Behörden der Vertragsstaaten arbeiten eng zusammen, um die Erledigung von Schadenersatz- und Entschädigungsansprüchen zu erleichtern. Insbesondere tauschen sie alle ihnen zugänglichen Informationen über Schadensfälle im Sinne des Artikels aus.

Artikel 12

Unterstützung und Wiederaufnahme von Helfern und Evakuierten

(1) Personen, die bei einer Katastrophe oder einem schweren Unglücksfall als Helfer oder Evakuierte von einem Vertragsstaat in den anderen gelangt sind, erhalten dort bis zum Zeitpunkt der frühesten Rückkehrmöglichkeit die notwendige Versorgung und Hilfe. Der Abgangsstaat erstattet die Kosten der Unterstützung und der Rückführung dieser Personen, sofern sie nicht Angehörige des anderen Vertragsstaates sind.

(2) Jeder Vertragsstaat nimmt Personen, die als Helfer oder Evakuierte von seinem Hoheitsgebiet auf dasjenige des anderen Vertragsstaates gelangt sind, wieder auf. Soweit es sich um Personen handelt, die nicht Angehörige des wiederaufnehmenden Vertragsstaates sind, bleiben sie dem gleichen ausländerrechtlichen Status wie vor dem Grenzübertritt unterstellt.

Artikel 13

Weitere Formen der Zusammenarbeit

(1) Die in Artikel 3 genannten Behörden arbeiten nach Maßgabe des jeweiligen innerstaatlichen Rechts zusammen, insbesondere

- a) zur Durchführung von Hilfeleistungen;
- b) zur Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen, indem sie alle zweckdienlichen Informationen wissenschaftlich-technischer Art austauschen und Tagungen, Forschungsprogramme, Fachkurse und Übungen von Hilfseinsätzen auf dem Gebiet beider Vertragsstaaten vorsehen;
- c) zum Austausch von Informationen über Gefahren und Schäden, die sich auch auf das Gebiet des anderen Vertragsstaates auswirken können; die gegenseitige Unterrichtung umfaßt auch die vorsorgliche Übermittlung von Meßdaten.

(2) Für gemeinsame Übungen, bei denen Hilfsmannschaften oder einzelne Helfer des einen Vertragsstaates auf dem Gebiet des anderen zum Einsatz kommen, gelten die Bestimmungen dieses Abkommens sinngemäß.

Artikel 14**Fernmeldeverbindungen**

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten treffen gemeinsam die erforderlichen Vorkehrungen, damit Fernmelde- und insbesondere Funkverbindungen zwischen den in Artikel 3 genannten Behörden, zwischen diesen Behörden und den von ihnen entsandten Hilfsmannschaften, zwischen den Hilfsmannschaften untereinander und zwischen den entsandten Hilfsmannschaften und der jeweiligen Einsatzleitung ermöglicht werden.

Artikel 15**Beilegung von Meinungsverschiedenheiten**

Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung dieses Abkommens, die nicht unmittelbar durch die in Artikel 3 genannten Behörden beigelegt werden können, werden auf diplomatischem Wege bereinigt.

Artikel 16**Kündigung**

Dieses Abkommen kann jederzeit schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden; es tritt sechs Monate nach dem Zugang der Kündigung außer Kraft.

Artikel 17**Andere vertragliche Regelungen**

Bestehende vertragliche Regelungen zwischen den Vertragsstaaten bleiben unberührt.

Artikel 18**Inkrafttreten**

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsstaaten einander schriftlich auf diplomatischem Wege mitgeteilt haben, daß die jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

GESCHEHEN zu Laibach am 28. Juni 1996 in zwei Urschriften in deutscher und slowenischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung der Republik Österreich:

Dr. Werner Fasslabend

Für die Regierung der Republik Slowenien:

Jelko Kacin

SPORAZUM

MED VLADO REPUBLIKE AVSTRIJE IN VLADO REPUBLIKE SLOVENIJE O SODELOVANJU PRI PREVENTIVI IN MEDSEBOJNI POMOČI PRI KATASTROFAH ALI TEŽKIH NESREČAH

Vlada Republike Avstrije in Vlada Republike Slovenije

sta se v prepričanju o nujnosti sodelovanja med državama s ciljem olajšati preventivo in medsebojno pomoč pri katastrofah ali težkih nesrečah sporazumeli o:

1. člen

Predmet

(1) Ta sporazum opredeljuje okvirne pogoje za preventivo in dajanje prostovoljne pomoči pri katastrofah ali težkih nesrečah na ozemlju druge države pogodbenice na njeno prošnjo, zlasti delovanje reševalnih ekip in uporabo opreme.

(2) Običajna pomoč v obmejnem območju držav pogodbenic ostaja nespremenjena.

2. člen

Definicije

V tem sporazumu pomenijo izrazi:

»katastrofa« ali »težka nesreča«

elementarne ali druge dogodke, ki jih sprožijo nepredvideni tehnični procesi in ki zaradi svojega izjemnega obsega že ogrožajo življenje in premoženje ljudi ali pa pomenijo neposredno nevarnost takšnega ogrožanja in jih prizadeta država pogodbenica z lastnimi razpoložljivimi silami ne more obvladati, tako da potrebuje pomoč druge države pogodbenice;

»država prejemnica«

tisto državo pogodbenico, katere pristojni organi zaprosijo drugo državo pogodbenico za pomoč;

»država pošiljateljica«

tisto državo pogodbenico, katere pristojni organi ugodijo prošnji druge države pogodbenice za pomoč;

»reševalne ekipe« ali »reševalci«

osebo(e), ki jo (jih) država pošiljateljica določi za dajanje pomoči;

»reševalna oprema«

opremo, zlasti tehnične naprave, vozila in reševalne pse za ukrepanje, ter material za lastne potrebe in osebno opremo reševalnih ekip ali posameznih reševalcev;

»človekoljubna pomoč«

blago, namenjeno brezplačnemu razdeljevanju prizadetemu prebivalstvu na območju reševalne akcije.

3. člen

Pristojnosti

(1) Organi, ki so pristojni za vlaganje in sprejemanje prošenj za pomoč, so:

– v Republiki Avstriji:

zvezni minister za notranje zadeve;

deželne vlade zveznih dežel, ki mejijo na Republiko Slovenijo;

– v Republiki Sloveniji:

minister za obrambo;

poveljnik Civilne zaščite Republike Slovenije.

(2) Organi držav pogodbenic, navedeni v prvem odstavku, so pooblaščen, da pri uresničevanju tega sporazuma vzpostavijo neposredne stike.

(3) Državi pogodbenici izmenjata naslove in številke telekomunikacijskih priključkov organov, navedenih v prvem odstavku.

4. člen

Dogovori o pomoči

Organi držav pogodbenic, navedeni v prvem odstavku 3. člena, se ob prošnji za pomoč dogovorijo o njenem obsegu in vrsti, ni pa se jim treba ukvarjati s podrobnostmi pri izvajanju.

5. člen

Vrsta pomoči

Pomoč bo potekala s pošiljanjem reševalnih ekip ali posameznih reševalcev, človekoljubne pomoči ali na drug ustrezen način.

6. člen

Prehod meje in zadrževanje na ozemlju

(1) Člani reševalne ekipe ali posamezni reševalci med dajanjem pomoči ne potrebujejo potnih listov, dovoljenj za bivanje ali vizumov. Pri sebi morajo imeti le izkaznico, ki dokazuje njihovo identiteto.

(2) V posebno nujnih primerih je mogoče prestopiti mejo tudi zunaj uradnih mejnih prehodov in brez upoštevanja veljavnih predpisov. V tem primeru je treba o tem nemudoma obvestiti organ, ki je pristojen za nadziranje meje.

(3) Če je uniforma sestavni del običajne opreme, jo lahko nosijo reševalne ekipe ali posamezni reševalci tudi med intervencijo na ozemlju države prejemnice. Prenos strelnega orožja in streliva v državo prejemnico je prepovedan.

(4) Olajšave pri prehodu meje po prvem in drugem odstavku veljajo načeloma tudi za osebe, ki jih je ob katastrofi ali težki nesreči treba evakuirati.

7. člen

Prevoz materiala čez državno mejo

(1) Državi pogodbenici poenostavita uvoz in izvoz reševalne opreme in človekoljubne pomoči. Vodja reševalne ekipe mora mejnim nadzornim organom ciljne države prejemnice ob prestopu meje predložiti le seznam tovorjene reševalne opreme in človekoljubne pomoči. Če se v posebno nujnih primerih prestopi meja zunaj uradnih mejnih prehodov, je treba seznam ob prvi priložnosti izročiti pristojni carinski službi.

(2) Reševalne ekipe ali posamezni reševalci ne smejo prenašati drugega blaga kot reševalno opremo in človekoljubno pomoč.

(3) Prepovedi in omejitve za mednarodni blagovni promet ne veljajo za prevažanje reševalne opreme in človekoljubne pomoči. Če se reševalna oprema ne porabi, jo je treba ponovno izvoziti. Če se reševalna oprema pušča kot človekoljubna pomoč, je treba vrsto, količino in lokacijo prijaviti pristojnemu organu države prejemnice, ki o tem obvesti pristojno carinsko službo. V tem primeru velja pravo države prejemnice.

(4) Določila tretjega odstavka veljajo tudi za uvoz narkotikov in psihotropnih snovi v državo prejemnico in izvoz neporabljenih količin v državo pošiljateljico. Ta vrsta blagovnega prometa se ne obravnava kot uvoz in izvoz po določenih mednarodnega sporazuma o narkotikih in psihotropnih snoveh. Narkotiki in psihotropne snovi se lahko prenašajo le zaradi nujne medicinske pomoči, ki jo lahko da le usposobljeno medicinsko osebje v skladu z zakonskimi določili države pogodbenice, iz katere prihaja reševalna ekipa. Porabljene narkotike in psihotropne snovi izkazuje država pošiljateljica.

(5) Državi pogodbenici

- bosta vzajemno dovolili uporabo potrebne reševalne opreme za dajanje pomoči in človekoljubne pomoči v državi prejemnici brez formalnega postopka in plačila varščine ter brez dajatev ob prehodni uporabi in
- za porabljeni material ne bosta zahtevali vstopnih dajatev.

8. člen

Uporaba zračnih plovil

(1) Zračna plovila se lahko uporabljajo ne le za hitre prevoze reševalnih ekip ali posameznih reševalcev, temveč neposredno tudi za druge vrste pomoči.

(2) Državi pogodbenici dovoljujeta zračnim plovilom, ki v skladu s prvim odstavkom poletijo z ozemlja druge države pogodbenice, prelet lastnega ozemlja ter pristanek in vzlet tudi na letališčih brez kontrole potnih listov in carine ter drugod, kjer je letalski promet dovoljen.

(3) O uporabi zračnih plovil pri dajanju pomoči je treba nemudoma obvestiti organ, ki je zaprosil za pomoč, in mu sporočiti čim natančneje podatke o vrsti in oznakah zračnega plovila, njegovi posadki, tovoru, času ter predvideni smeri poleta in kraju pristanka.

(4) Smiselno se uporabijo:

- a) določbe 6. člena za posadke in prepeljane reševalne ekipe ali posamezne reševalce,
- b) določbe 7. člena za zračna plovila in drugo prepeljano reševalno opremo in človekoljubno pomoč.

(5) Če drugi odstavek ne določa drugače, veljajo pravni predpisi o zračni plovbi držav pogodbenic, zlasti obveznost predložitve podatkov o poletih pristojnim nadzornim službam. Vsak načrt poleta se mora sklicevati na ta sporazum.

(6) Uporaba vojaških zračnih plovil je dovoljena le v soglasju z državo prejemnico.

9. člen

Usklajevanje in celotno vodenje

(1) Za usklajevanje in celotno vodenje reševalnih akcij in dajanja pomoči so v vseh primerih pristojni organi države prejemnice.

(2) Naloge se dajejo izključno vodjem reševalnih ekip države pošiljateljice, ki svoje podrejeno osebje seznanijo s podrobnostmi pri izvajanju.

(3) Organi države prejemnice morajo reševalnim ekipam ali posameznim reševalcem države pošiljateljice zagotoviti zaščito in pomoč.

10. člen

Stroški pomoči

(1) Država pošiljateljica nima pravice od države prejemnice zahtevati povračila stroškov za dano pomoč. To velja tudi za stroške, ki bi nastali zaradi porabe, poškodbe ali izgube opreme.

(2) Ob celotnem ali delnem povračilu stroškov, nastalih pri dajanju pomoči, ne veljajo določila prvega odstavka. Država pošiljateljica prejme prednostno povračilo.

(3) Stroške pomoči fizičnih in pravnih oseb, ki jih država pošiljateljica na prošnjo zgolj posreduje, krije država prejemnica.

(4) Če so reševalne ekipe ali posamezni reševalci države pošiljateljice porabili zaloge, ki so jih pripeljali s seboj, krije stroške za njihovo oskrbo, namestitev ter material za lastne potrebe do konca izvajanja pomoči država prejemnica. Po potrebi prejmejo logistično in medicinsko pomoč.

11. člen

Odškodnine in nadomestila

(1) Državi pogodbenici se odpovedujeta vsem pravicam do odškodnine druge države pogodbenice ali njenih reševalcev za:

- a) škodo na premoženju, ki jo je reševalec druge države pogodbenice povzročil med opravljanjem svoje naloge;
- b) škodo, ki izvira iz telesne poškodbe, okvare zdravja ali smrti reševalca med opravljanjem naloge.

(2) Če reševalec iz države pošiljateljice med opravljanjem svoje naloge na območju države prejemnice povzroči škodo tretjemu, jamči za nastalo škodo država prejemnica v skladu s predpisi, ki veljajo v primerih, ko škodo povzroči lastni reševalec. Država prejemnica, ki nadomesti nastalo škodo, ne more uveljavljati nadomestila pri državi pošiljateljici ali njenih reševalcih.

(3) Organi držav pogodbenic tesno sodelujejo, da bi olajšali urejanje zahtevkov za odškodnine in nadomestila. Zlasti si izmenjujejo vse dostopne informacije o škodnih primerih v smislu tega člena.

12. člen

Podpora in vračanje reševalcev in evakuirancev

(1) Osebe, ki so med katastrofo ali težko nesrečo prišle kot reševalci ali evakuiranci iz ene v drugo državo pogodbenico, prejemajo v času do svoje prve možne vrnitve vso potrebno oskrbo in pomoč. Stroške podpore in vrnitve teh oseb krije država, iz katere prihajajo, v kolikor niso državljani druge države pogodbenice.

(2) Državi pogodbenici morata omogočiti vrnitev vsem tistim osebam, ki so kot reševalci ali evakuiranci prišle iz ene države pogodbenice v drugo. Če so med njimi osebe, ki niso državljani države pogodbenice, v katero se vračajo, zanje še naprej velja status tujca, ki so ga imele pred prestopom državne meje.

13. člen

Druge oblike sodelovanja

(1) Sodelovanje organov, navedenih v 3. členu, poteka v skladu s pravnimi predpisi, ki veljajo v državah pogodbenicah, in sicer predvsem z namenom

- a) dajanja pomoči;
- b) preprečevanja in odpravljanja posledic katastrof ali težkih nesreč, tako da si izmenjujejo vse koristne znanstveno-tehnične podatke, prirejajo posvetovanja ter organizirajo raziskovalne programe, strokovna predavanja in vaje reševalnih ekip na ozemlju držav pogodbenic;
- c) izmenjave informacij o nevarnostih in škodi, ki lahko prizadenejo tudi ozemlje druge države pogodbenice; obojestransko obveščanje vključuje tudi preventivno pošiljanje rezultatov meritev.

(2) Za skupne vaje, ki se jih reševalne ekipe ali posamezni reševalci ene države pogodbenice udeležujejo na ozemlju druge, smiselno veljajo določila tega sporazuma.

14. člen

Telekomunikacijske zveze

Pristojni organi držav pogodbenic sprejmejo potrebne skupne ukrepe za zagotovitev telefonskih in še posebej radijskih zvez med organi, navedenimi v 3. členu, med pristojnimi organi in reševalnimi ekipami države pošiljateljice, med posameznimi reševalnimi ekipami in med reševalnimi ekipami države pošiljateljice in vodstvom reševalne akcije.

15. člen

Reševanje nesoglasij

Nesoglasja v zvezi z uporabo določil tega sporazuma, ki jih pristojnim organom, navedenim v 3. členu, ne uspe odpraviti neposredno, se razrešujejo po diplomatski poti.

16. člen

Odpoved

Ta sporazum se lahko kadar koli odpove pisno po diplomatski poti; sporazum preneha veljati šest mesecev po prispetju odpovedi.

17. člen

Druge pogodbene določbe

Obstoječe pogodbene določbe med državama pogodbenicama ostajajo nespremenjene.

18. člen

Začetek veljavnosti

Ta sporazum začne veljati prvega dne tretjega meseca, ki sledi mesecu, ko državi pogodbenici pisno po diplomatski poti druga drugo obvestita, da izpolnjujeta vse notranjepravne pogoje za začetek veljavnosti sporazuma.

SESTAVLJENO v Ljubljani dne 28. VI 1996 v dveh izvornikih v slovenskem in nemškem jeziku, pri čemer sta besedili enako verodostojni.

Za Vlado Republike Avstrije:

Dr. Werner Fasslabend

Za Vlado Republike Slovenije:

Jelco Kacin

Die Mitteilungen gemäß Art. 18 des Abkommens wurden am 16. Juni 1997 bzw. 21. April 1998 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß seinem Art. 18 mit 1. Juli 1998 in Kraft.

Klima